Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 73. **Mittwoch** den 10. Februar 1892. **86. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Königliche Kunstakademie und Kunstgewerbeschule in Leipzig.

Beginn der Studien im Sommersemester 1892 am 26. April.

Die Königliche Kunstakademie und Kunstgewerbeschule vermittelt die Ausbildung ihrer Schüler für das Gesammtgebiet der zeichnenden (graphischen) Künste, sowie für sämmtliche Fächer des Kunstgewerbes.

Verzeichniss der Vorträge und Uebungen.

Uebungen.

A. Fachschule für architektonische Kunstgewerbe.

Architektonische Formenlehre, darstellende Geometrie und Gefäßlehre, Maßnzeichnen, Ornamentlehre, Entwerfen und Ausführung selbstständiger kunstgewerblicher Arbeiten: Architekt Schuster. Perspective und Schattenconstruction: Architekt Biehweger.

B. Fachschule für Bildhauerei.

Ornamentmodelliren, figürliches Modelliren nach dem Leben und Gipsen von Gußarbeiten, verbunden mit Ausführung selbstständiger Werke plastischer Kunst und des Kunstgewerbes: Prof. zur Strassen, Bildhauer.

C. Fachschule für Zeichnen und Malen.

Zeichnen nach graphischen Vorlagen: Kupferstecher Prof. Seifert und Prof. Mohn. Zeichnen nach Gips, anatomischen Präparaten, Naturabgüssen und Antiken: Geschichtsmaler Prof. Wehle und Assistenten. Buchornamentik, Entwerfen selbstständiger Ornamente für künstlerische Buchausstattung, für Diplome, Placate 2c.: Prof. Honegger. Aquarellmalerei: Prof. Werner. Decorationsmalerei, Chromatologie und landschaftliches Staffage-Zeichnen: Maler Bourdet. Porzellan- und Glasmalerei: Prof. Heselberger. Kupfer- und Stahlstecherei (Radiren): Prof. Seifert. Xylographie: Prof. Berthold. Lithographie: Schelter. Typographisches Zeichnen: Frisch, Musterzeichner. Zeichnen und Malen nach dem lebenden Modell und nach der Natur, Compositionsübungen für Buchillustration und Ausführung selbstständiger Illustrationen unter Anwendung der für die mechanischen Reproductionsmethoden erforderlichen Technik: Director.

Vorträge.

Stillehre, Kunstgeschichte und Geschichte der Kunstindustrie: vacat. Archäologie: Prof. Dr. Overbeck. Anatomie des Menschen: Prof. Dr. Ultzmann. Thierkunde: Dr. ph. E. S. Zürn. Pflanzenkunde: Dr. ph. E. S. Zürn.

Anmerkung: Zu den Vorträgen des Herrn Prof. Dr. Overbeck werden auf vorheriges Ansuchen beim unterzeichneten Director der Anstalt, soweit der Platz reicht, auch Hospitanten unentgeltlich zugelassen.

Anmeldungen sind in der Zeit vom **7. bis 12. März dieses Jahres** in der Kanzlei, Wächterstraße Nr. 11, Nachmittags von 4—5 Uhr zu bewirken.

Leipzig, im Februar 1892.

Der Director:
Dr. **Ludw. Nieper**, Prof., K. S. Geheimer Hofrath.

Bekanntmachung.

In den Stallungen des Gutspächters **Karl Schütze** in Leipzig-Gohlis, Dorfstraße Nr. 24, ist unter den daselbst eingestellten Kühen die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Indem wir dies unter Bezugnahme auf §. 65 der Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 9. Mai 1881 zur öffentlichen Kenntniß bringen, bemerken wir zugleich, daß für das in den Ställen des fraglichen Grundstücks eingestellte Rindvieh die Stallsperre angeordnet worden ist.

Während der Dauer der letzteren dürfen Wiederkäuer und Schweine in das unerwähnte Gehöft nicht eingeführt und ohne specielle Erlaubniß für jeden einzelnen Fall auch nicht ausgeführt werden.

Leipzig, den 8. Februar 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 619. Dr. Trändlin. Dietrich.

Bekanntmachung.

Die Erd- und Maurerarbeiten für den Umbau des vormaligen Armenhauses in Leipzig-Kleinzschocher sollen an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Hochbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 7, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 1 ℳ 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden. Diese Gebühren werden den unberücksichtigt gebliebenen Bewerbern, welche ihre Angebote rechtzeitig eingereicht haben, auf Verlangen zurückgewährt.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Erd- und Maurerarbeiten für das Armenhaus Leipzig-Kleinzschocher"

versehen ebendaselbst, und zwar bis zum 20. Februar 1892, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 9. Februar 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Th. 504. Dr. Trändlin. Rülling.

Nutzholz-Auction.

Donnerstag, den 11. Februar d. J., sollen von **Vormittags 9 Uhr** an auf dem diesjährigen Schlage im **Rosenthale** nachstehend aufbereitete **Nutzhölzer,** als:

47 St. Eichen-**Nutzklötze** v. 32—120 cm Mittenst. u. 2—10 m Länge,
18 „ Buchen- „ „ 21—56 „ „ „ 2—8 „ „
13 „ Rüstern- „ „ 29—69 „ „ „ 4—10 „ „
2 „ Linden- „ „ 33—39 „ „ „ 6—8 „ „
5 „ Eichen- „ „ 19—50 „ „ „ 5—10 „ „
33 „ Ellern- „ „ 28—45 „ „ „ 8—14 „ „
6 „ Schirrhölzer „ 13 „ „ „ 4 „ „
und
1400 „ Fichtenstangen „ 2—7 „ Unterst. „ 2—5 „ „

unter den bei der Auction öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: an der **Leibnizbrücke** am Rosenthal.

Leipzig, am 3. Februar 1892.

Des Raths Forstdeputation.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Dienstag, den 16. Februar ds. Js., sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem **diesjährigen Schlage im Rosenthale**

11 Rmtr. **Eichen-Nutzscheite** I. u. II. Cl.,
86 „ Eichen-
54 „ Buchen-
1 „ Eichen-
26 „ Rüstern-
25 „ Ellern-
26 „ Weiden-
} **Brennscheite,**

unter den bei der Auction öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen sofortige **Bezahlung** an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft auf dem Schlage zwischen dem Fahr- und dem Tauchaer nach Eutritzsch.

Leipzig, am 3. Februar 1892.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der im Etatsjahre 1892/93 benöthigten Verpflegungsgegenstände, als: ungefähr 15 000 kg Brod, 4000 kg Semmel, 6000 kg trockene Gemüse, Kaffee, Mehl und Salz, 600 kg Butter, 10 000 l Milch, 200 Schock Eier, 2260 kg Fleischwaaren, 15 000 l Braunbier und 3000 Fl. Lagerbier, soll unter den im Geschäftszimmer Nr. 48 des hiesigen Garnisonlazareths zur Einsicht und Unterschrift ausliegenden Bedingungen in Submission vergeben werden. Verschlossene, mit der Aufschrift: „Submission auf Naturalienlieferung" versehene Offerten sind bis zum Eröffnungstermin, den 18. ds. Mts., Norm. 10 Uhr, portofrei hierher einzusenden.

Leipzig, den 7. Februar 1892.

Königliches Garnisonlazareth.

Bekanntmachung.

Ein neues vervollständigtes Verzeichniß der Herren Cassen-Aerzte der Ortskrankencasse ist erschienen und liegen Exemplare desselben bei der Cassen-Verwaltung und den Meisterstellen zur Empfangnahme bereit.

Leipzig, den 8. Februar 1892.

Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus, Vorsitzender.

Der Zedlitz'sche Entwurf vor der Commission.

Schon aus den ersten Verhandlungen der Commission für den preußischen Volksschulgesetzentwurf ist zu erkennen, in welcher Richtung sich die Commissionsarbeit bewegen wird. Die Nationalliberalen sind mit den Freiconservativen der Ansicht, daß es am zweckmäßigsten sei, aus der Vorlage dasjenige auszuscheiden, worüber sich ein Einverständniß erzielen läßt, und dies in Form eines Dotationsgesetzes zur Verabschiedung zu bringen, während die Freisinnigen die Grundsätze feststellen wollen, auf welchen allein ein Volksschulgesetz beruhen könne. Diesem Streben giebt der Antrag Rickert's Ausdruck, die Eingangsworte des §. 1 zu fassen: „Die Volksschule ist eine Veranstaltung des Staats und steht unter seiner Aufsicht. Sie bildet die gemeinsame Grundlage aller öffentlichen Unterrichts-Anstalten". Die Stellung der Parteien zu diesem Antrag ist charakteristisch. Der freiconservative Abgeordnete von Zedlitz-Neukirch stimmt dem Antrage zu, der Abgeordnete der Centrumspartei von Huene verwirft ihn, weil er nur der Consequenzen wegen gestellt sei. Um diese Consequenzen handelt es sich aber gerade. Der Unterricht in der Volksschule kann nicht in einen grundsätzlichen Gegensatz zu den übrigen Unterrichts-Anstalten gebracht werden. Wie Virchow treffend bemerkte, kommt es darauf an, die Volksschule auf eine Grundlage zu stellen, welche der Volksbildung förderlich ist. Der wahre Zweck eines Schulgesetzes sei, der Verdummung vorzubeugen.

Graf Zedlitz stellte sich bekanntlich bei der allgemeinen Erörterung des Gesetzes im Abgeordnetenhause auf den Standpunct, daß der Unterricht in der Volksschule nach anderen Grundsätzen zu handhaben sei, als in den höheren Bildungsanstalten. In der Universität könne der Lehrer seine persönlichen Ansichten vortragen, der Volksschullehrer sei dagegen durch die Schranken eingeengt, welche das religiöse Bekenntniß ziehe. Hier liegt der Schlüssel zu dem ganzen Streit. Die Volksbildung soll confessionell geartet sein, die höhere Bildung soll dem freien Fluge des Geistes folgen dürfen. Es giebt aber nur eine Bildung und diese hat den Zweck, den Menschen für das Wahre, Gute und Schöne empfänglich zu machen, und je mehr diese Einheit des Bildungszweckes in allen Schichten der Bevölkerung zur Erscheinung tritt, um so mehr wird dadurch die Sittlichkeit des ganzen Volkes gehoben. Es ist ein falscher Standpunct, zu glauben, daß heute noch ein geistiger Zwang möglich sei, daß Jemand genöthigt werden könne, etwas für wahr zu halten, weil es ihm von Andern als wahr ausgegeben wird, das Uebersinnliche, zu dessen Ergründung die Wissenschaft nicht ausreicht, bleibt deshalb doch stets ein Reservatrecht der Religion, Glaube und Wissenschaft schließen einander keineswegs aus, wie die allgemein bekannten Thatsachen lehren. Aber nichts ist so geeignet, den Zweifel rege zu machen, als der Zwang. Entweder wird dadurch das Denkvermögen gelähmt und unterdrückt, oder es tritt völlige Gleichgiltigkeit gegen die Religion ein, wie sie besonders in katholischen Ländern, in Italien und Frankreich beobachtet wird.

Kaum irgend ein anderes Volk ist so religiös geartet wie das deutsche, aber das Bekenntniß muß dem Bedürfniß des Herzens entsprechen, es muß nicht systematisch gezüchtet werden. Der eigentliche Hort der religiösen Anschauungen bleibt die Familie. Wo die religiöse Grundlage in dieser fehlt, tritt die Schule und die Kirche ergänzend ein, aber nur durch die Gewährung von Gelegenheit zur Ausfüllung der Lücke, nicht im Wege des Zwanges, wie ihn die Zutheilung von Dissidentenkindern an bestimmte Religions-Gemeinschaften darstellt. Der Zedlitz'sche Gesetzentwurf bleibt aber dabei nicht stehen, sondern er will die Confession auf den gesammten Unterrichtsstoff wirken lassen. Das ist ohne Schaden für die Wahrheit des Unterrichts nicht möglich, wie wir bereits an einer Reihe von Beispielen gezeigt haben. Besonders fällt die Gestalt Luther's hierbei ins Gewicht und die durch ihn bewirkte Reformation. Sie sind die Grundlagen für die seit Jahrhunderten in Deutschland bestehenden Anschauungen, und diese sollen durch das neue Volksschulgesetz von ihrer Höhe herabgestürzt werden.

Die Herren v. Huene und Rintelen leugnen, daß im deutschen Volke eine tiefe Erregung gegen das Volksschulgesetz bestehe, und zeigen gerade dadurch, daß sie die Schulfrage lediglich als Partei- und als Machtfrage der katholischen Kirche betrachten. Herr v. Huene hat ausdrücklich gesagt: Wenn Herr Rickert stets vom ganzen Volke rede, so müsse er doch an die Millionen deutscher Katholiken erinnern, die sämmtlich die Vorlage mit Freuden begrüßen. Die Sache liegt gerade umgekehrt, als wie sie die Herren Rintelen und v. Huene darstellen, die Erregung des deutschen Volkes gegen das Volksschulgesetz ist eine durchaus freiwillige und allgemein erkennbare, während die angebliche freudige Begrüßung, welche die katholischen Wähler dem Gesetzentwurf entgegenbringen, von den Centrums-Abgeordneten, obwohl sie nirgends zur Erscheinung getreten ist, als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Die gesammte Centrumspartei ist überhaupt kein natürliches Product, sie ist vielmehr künstlich durch den sogenannten Cadavergehorsam geflichtet, welcher zu den Eigenthümlichkeiten der katholischen Kirche gehört. Der eigene Wille der Wähler ist in diesen Kreisen nur dem Namen nach vorhanden, die Wahl ist bei ihnen Sache des Gehorsams, nicht der politischen Ueberzeugung. Sie kommen zu Katholikenversammlungen, weil sie vom Geistlichen dazu veranlaßt werden, der größere Theil der Theilnehmer hat für die eigentliche Bedeutung dieser Versammlungen nicht das geringste Verständniß, ihm gilt seine Anwesenheit und die Abstimmung als eine religiöse Pflicht, und daraus erklärt sich allein die Macht der Centrumspartei.

Die Haltung des Centrums in der Budgetcommission des Reichstages dem Erlaß des Prinzen Georg gegenüber ist in dieser Beziehung sehr lehrreich. Der Antrag Buhl-Richter, welcher die Umwandlung des Militairstrafverfahrens nach bayerischem Muster verlangte, wurde von den dem Centrum angehörendem Mitgliedern der Commission abgelehnt, obwohl die bayerischen Parteigenossen neulich im bayerischen Abgeordnetenhause für die Ausdehnung des bayerischen Militairstrafverfahrens auf das Deutsche Reich warm eingetreten sind. Das kommt einfach daher, weil die Nationalliberalen und Freisinnigen im preußischen Abgeordnetenhause gegen den von der Centrumspartei gutgeheißenen preußischen Volksschulgesetz-Entwurf Front machen.

Diese Partei hat gegenwärtig die Entscheidung über eine so durch und durch deutsche Angelegenheit, wie sie die Reform der preußischen Volksschule im confessionellen Sinne ist, in der Hand, denn mit ihr sind die preußischen Conservativen einverstanden, welche auf dem orthodoxen Standpuncte stehen. Das protestantische Bewußtsein im ganzen Deutschen Reiche erhebt sich gegen diese Vergewaltigung des deutschen Geistes-lebens, von allen Seiten fließen die Kundgebungen gegen den Zedlitz'schen Gesetzentwurf, und daran sind auch die Conservativen betheiligt, obwohl ihre Vertreter im preußischen Abgeordnetenhause sich mit dem Centrum verbrüdert haben. Für die Nationalliberalen bildet die Volksschulfrage keine Machtfrage, wie der Abgeordnete Hahrecht richtig hervorgehoben hat, sondern für das Centrum. Die confessionelle Volksschule, wie sie der Zedlitz'sche Entwurf ins Leben rufen will, kommt lediglich der Macht der katholischen Kirche zu Gute. Aber unsere Zeit hat kein Verständniß für solche Experimente, sie ist zu weit vorgeschritten, um die geistigen Errungenschaften des Protestantismus an die katholische Kirche auszuliefern, und wenn eine verblendete Mehrheit der Volksvertretung einen solchen Anschlag gegen Cultur und geistigen Fortschritt auszuführen bereit ist, so tritt ihr das deutsche Volk warnend gegenüber. Das preußische Abgeordnetenhaus ist nicht mit der Aussicht auf eine solche Vorlage gewählt worden, und die Wahlen würden sicher ganz anders ausgefallen sein, wenn dieser Fall vorgelegen hätte.

Die Socialdemokratie ist eine unzweifelhafte Gefahr, aber durch solche Mittel, wie sie der Zedlitz'sche Entwurf darbietet, ist eine schwere Gefahr nicht zu bewältigen, die Bildung des deutschen Volkes darf nicht in Fesseln geschlagen werden, um daraus die nöthige Widerstandskraft gegen Irrlehren zu schöpfen. Der Glaube ist eine große Macht auch im Kampfe gegen die atheistische Socialdemokratie, aber dieser Glaube muß das Ergebniß persönlicher Ueberzeugung, er muß Herzenssache sein, nicht systematisch eingetrichtert werden, sonst kommen wir auf den vorreformatorischen Standpunct zurück. Die geschichtliche Entwickelung verlangt aber, daß wir die Reformation hochhalten.

*

Leipzig, 10. Februar.

* In der bayerischen Abgeordnetenkammer legte der Finanzminister Dr. von Riedel gestern den Nachtragsetat vor. Nach demselben werden gefordert 2 300 000 ℳ zur Neuregulirung der Gehälter der fest angestellten Beamten und 460 000 ℳ zur Aufbesserung der Schullehrergehälter. Außerdem wurden Gesetzentwürfe betreffs Abänderung des Gebührenwesens und Gewährung von Entschädigungen für das in Folge des Milzbrandes getödtete Vieh vorgelegt.

* Der Commandant der Cavallerie-Division in Jaroslaw, Feldmeisterlieutenant Freiherr von Gagern, ist nach einer Meldung aus Wien zum Generalinspector der Cavallerie ernannt worden.

* Der Rede, welche Ministerpräsident Szapary vor seinen Wählern in Temesvar hielt, wird in Pest große Bedeutung zugeschrieben. Man betrachtet dieselbe vor Allem als formelles Dementi gegen alle Gerüchte, welche Szapary als regierungsmüde darstellten. Szapary verkündete neuerdings, daß die liberale Partei und die Regierung solidarisch seien. Nicht ganz klar sind die Andeutungen über die Umgestaltung der Hausordnung, welche Szapary für den Herbst in Aussicht stellt. Augenscheinlich will die Regierung abwarten, wie sich die Verhältnisse im neuen Reichstage gestalten, ehe sie energischere Maßregeln ergreift. Oppositionelle Blätter drohen zwar offen mit Obstruction und erklären, dieser Regierung werde die Linke kein Budget bewilligen; die Regierungskreise glauben jedoch, dies als bloße Drohung betrachten zu sollen, da die Opposition sonst jede parlamentarische Regierung unmöglich machen würde. Nach dem Zusammentritt des Reichstages glaubt man, werde der Terrorismus der Minderheit nachlassen. In nächster Zeit dürften Conferenzen zwischen der Regierung und hervorragenderen Mitgliedern der Regierungspartei stattfinden, um den parlamentarischen Vorgang festzustellen.

* In voriger Woche fand, wie aus Brüssel geschrieben wird, im dortigen Königsschlosse ein Diner statt, zu welchem sämmtliche Kammermitglieder geladen waren. Nach der Tafel unterhielt sich der König eingehend mit zahlreichen Abgeordneten, insbesondere über das von ihm selbst angeregte Königs-Referendum, das er als eine echt demokratische Einrichtung bezeichnete, da es nichts weniger als „cäsarisch" sei, wie Tags vorher der Abgeordnete Woeste gesagt hatte, das Volk über hochwichtige Fragen zu Rathe zu ziehen. Der Abgeordnete Janson, der Urheber der Verfassungs-Revision, beklagte sich bei dem König darüber, daß die späte Einbringung der Regierungsvorlage die entscheidende Berathung abermals hinausschiebe. Der König unterhielt sich auch sehr eingehend mit dem Abgeordneten Coremans, der die Aenderung des Artikels 23 der Verfassung anstrebt. Der Artikel lautet: „Der Gebrauch der in Belgien üblichen Sprachen ist frei; derselbe kann nur durch das Gesetz geregelt werden und nur für die Handlungen der öffentlichen Behörden und für die Gerichtsgeschäfte." Nun hätten, wie Coremans sehr zutreffend ausführte, die Behörden, insbesondere die gerichtlichen, sich eine Auslegung zurechtgelegt, wonach der Gebrauch der Sprachen durch die Beamten im vlämischen Lande frei wäre. Dem Vorsitzenden der Kammer, de Lantsheere, empfahl der König, sein Möglichstes zu thun, damit die Vorschläge der Regierung ohne Zeitverlust und im Ganzen ohne Voreingenommenheit geprüft würden.

* Der serbische Ministerpräsident hat die sowohl von radicaler wie von liberaler Seite gestellten Anfragen wegen Ausweisung der Königin Natalie in der Skupschtina beantwortet. Der Anfang der Debatte, in welcher die härtesten Worte über das Königspaar fielen, giebt ein Vorspiel Dessen, was noch zu erwarten ist. Um etwaigen Ausschreitungen vorzubeugen, hatte die Regierung besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen und auch aus dem Innern des Landes noch 150 Gendarmen nach Belgrad gezogen. Ueber die Sitzung geht der „Voss. Ztg." folgender Bericht zu:

Belgrad, 8. Februar. Gegen Mittag erhob sich Cabinetschef Paschitsch und gab eine genaue Darstellung der Verhältnisse vor der Abdankung Milan's. Er constatirt, wie nach der Abdankung der Exkönig von gewissenlosen Speculanten gebraucht wurde, um das Lande eine Revolution hervorzurufen. Nachdem zur selben Zeit sich auch eine Schaar Unzufriedener um die Königin schaarte, mußte die Regierung trachten, diesen Zustand dauernd zu beseitigen, welcher für Serbien gefahrvoll geworden wäre und es compromittirt hätte. Durch die Entfernung des Königspaares sei diesen Speculanten der Boden entzogen worden und wird die Regierung, so lange sie auf diesem Platze sitzt, keine Aenderung eintreten lassen. Nach Paschitsch nimmt der radicale Professor Ruschitsch in heftiger Weise gegen die Königin das Wort. Ruschitsch sagte: Während König Milan die Radicalen hinschlachtete und erbärmlicher Weise am Anblicke ihres verspritzten Blutes sich freute, hielt die Königin im Palaste Bälle und Vergnügungen ab. (Lärm bei den Liberalen.) Sie dachte nicht jener, welche in den Gefängnissen an Ketten für ihre Ueberzeugungen schmachteten. Für dieses Weib einzutreten, glaube ich, ist kein Radicaler berufen. (Lärm bei den Liberalen, Beifall bei den Radicalen.) Ich billige vollkommen die Entfernung des Königspaares, denn wäre die Regentschaft stärker als die heutige Volksregierung gewesen, so würde dem Exkönige im Vorjahre der Staatsstreich geglückt sein, der uns mit Schmach bedeckt hätte. (Beifall der Radicalen.) Die Debatte wird morgen fortgesetzt. Bis jetzt stehe kein Radicaler auf der Rednerliste für die Königin.

* Der „Nowoje Wremja" zufolge wird die Anzahl der im Stillen Ocean stationirten russischen Kriegsschiffe in diesem Jahre auf elf erhöht werden, wobei Torpedoleger und andere Hülfsfahrzeuge nicht mit eingerechnet sind.

* Wie man aus Warschau meldet, beginnt der Nothstand, der bisher blos die inneren Provinzen Rußlands heimsuchte, nunmehr sich allmälig auch im Königreich Polen fühlbar zu machen. Die daselbst ohnehin beträchtliche Zahl arbeitsloser Individuen sei in Folge der letzthin in mehreren industriellen Etablissements eingetretenen Geschäftsstockung, welche eine Verminderung der Arbeitskräfte nach sich zog, sowie in Folge der Heranziehung von Arbeitern aus dem Innern des Landes zu ärarischen Bauten im Steigen begriffen. In der jüngsten Zeit ist auf diese Weise eine größere Anzahl von Arbeitern aus Preußen und Oesterreich brodlos geworden, auf welche Thatsache auch die Zunahme der Ausweisungen fremder Unterthanen zum Theil zurückzuführen ist.

* Cassagnac entwickelt in einem Leitartikel, daß das französische Zollpersonal weder in seiner Zahl noch in seiner Beschaffenheit den Ansprüchen des neuen Zolltarifs genügen könne, der sehr seine Unterscheidungen mache. Als im Jahre 1860 die Prohibitivzölle abgeschafft wurden, verminderte man das Zollpersonal um mehr als sechstausend Köpfe.

* In der englischen Thronrede werden weiter als Vorlagen angekündigt: eine Bill, betreffend die Einführung einer dem englischen System ähnlichen Localregierung in Irland, eine Bill, betreffend die Abänderung des bestehenden Abkommens zwischen der Regierung und der Bank von England, und eine Bill, betreffend die Reform des Gesetzes über die Haftbarkeit der Arbeitgeber für Verletzungen, welche die Arbeiter im Dienst erleiden. Im Eingang der Thronrede giebt die Königin ihrem Schmerze über den Tod des Herzogs von Clarence Ausdruck, in welchem ihr nur durch die rührende Theilnahme der Bevölkerung des ganzen Reichs Linderung gewährt worden sei.

* Noch vor der Eröffnung des Parlaments, welche gestern stattfand, hatten die englischen Liberalen den Sturm gegen die Regierung begonnen. Sir William Harcourt hielt in Southampton, Sir George Trevelyan in London selbst eine fulminante Rede. Beide sprachen voll der stolzesten Hoffnungen und verkündeten den nahenden Triumph der Liberalen. Der „Standard" begleitet beide Reden mit höchst skeptischen Bemerkungen. Gladstone selbst veröffentlicht in der neuen Wochenschrift „Weekly Star" einen längeren Aufsatz über die Arbeiterfrage. Er begrüßt in demselben das Erscheinen des „Weekly Star" und macht Vorschläge, wie die Lage der ländlichen Arbeiter, denen es auf dem Festlande viel besser ginge, als in England, dauernd zu verbessern sei.